

## **Das ungelöste Jahrhundertproblem in der Gesetzlichen Rentenversicherung**

Mannheim, im Juni 2021

Die Stunde der Wahrheit für das deutsche Rentensystem rückt näher. Ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums beschreibt diese Misere: Bis 2025 würden in der gesetzlichen Rentenversicherung „schockartig steigende Finanzierungsprobleme“ drohen. Zu den klaffenden Löchern im Bundeshaushalt nach der Coronakrise kämen dann noch die Rentenzahlungen an Baby-Boomer hinzu, die in den nächsten Jahren vermehrt in Rente gehen.

Die Gesetzliche Rente wankt und bedarf dringend tiefgehender Reformen, mahnt der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Experten machen sich unter anderem für längere Arbeitszeiten stark. Doch der Reformbedarf geht darüber hinaus.

Es sind drastische Worte der Renten-Experten: Die rentenpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre haben in eine Sackgasse geführt, für die Zukunft werden schockartig steigende Finanzierungsprobleme prognostiziert. Kurzum: Die Lage der Gesetzlichen Rentenversicherung ist aus Sicht der Wissenschaftler ernst. In einem am 7. Juni 2021 präsentierten Gutachten übten die Wirtschaftsexperten, unter ihnen Dr. Axel Börsch-Supan, der ehemalige ifo-Präsident Hans-Werner Sinn und DIW-Präsident Marcel Fratzscher, schwere Kritik an den politischen Weichenstellungen der Vergangenheit und plädierten für weitgreifende Reformen.

Es sei realitätsfern zu erwarten, „dass sich höhere Beiträge und ein niedrigeres Rentenniveau dauerhaft vermeiden lassen“, so die Experten.

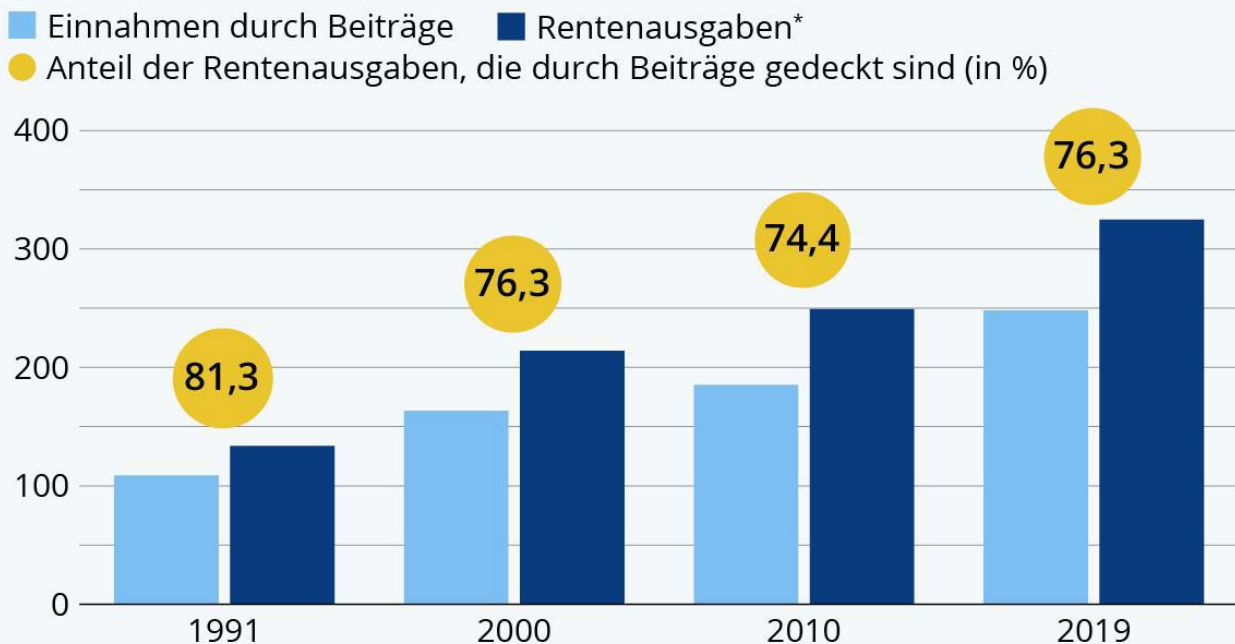
Einmal mehr sei deutlich geworden: Der deutsche Sozialstaat beruht auf einem Irrtum, der auch ein Irrtum bleibt, wenn ihn Konrad Adenauer, Norbert Blüm und Olaf Scholz in Tateinheit begangen haben. Adenauer meinte: Kinder kriegen die Leute immer. Die ihm nachgeborenen Sozial- und Christdemokraten hielten an dieser Idee fest, die spätestens mit Einführung der Antibabypille und dem darauffolgenden Pillenknick widerlegt war. Die Geburtenrate hat sich seit Adenauers Zeiten halbiert.

Selbst in den Jahren 1991 bis 2019 waren die Rentenausgaben nur zu ca. 74% bis 81% durch Beitragseinnahmen gedeckt (siehe Grafik). Diese Lücke wird mit Bundeszuschüssen gefüllt, diese finanzieren sich bekanntermaßen aus den Steuereinnahmen. Nun werden in überschaubarer Zeit die Probleme noch deutlich größer als sie derzeit sind.

Die sog. Baby-Boomer, die Jahrgänge 1955 bis 1969, gehen nun nach und nach in Rente.

# So groß ist die Finanzierungslücke bei der Rente

Beiträge und Rentenausgaben der Rentenversicherung in Deutschland (in Mrd. Euro)



\* inkl. Leistungen zur Teilhabe, Kindererziehungsleistungen, Beitragserstattungen, Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner, Verwaltungskosten

Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Statista-Berechnung



statista

Auf einem Rentner kamen zu Adenauers Zeiten sechs Arbeitnehmer, sprich Beitragszahler. Im Jahr 2040 aber werden weniger als zwei Arbeitnehmer einen Rentner finanzieren.

Mann kann es drehen und wenden wie man will: Die finanzielle Belastung für den aktiven Arbeitnehmer wird zu groß und die Auszahlung für die Rentner dennoch zu gering. Der eine kann die Verdopplung seiner Rentenbeiträge nicht verkraften, den anderen führt die Halbierung seiner Auszahlung in bittere Not.

Eine Aufstockung der schon bisher hohen Zuzahlungen aus Steuermitteln ist einerseits nötig, jedoch mehr als schwierig zu finanzieren. Würden die Steuermittel zu Gunsten der Rentenauszahlungen noch weiter ansteigen, so fehlen diese Mittel an anderen dringend benötigten Stellen.

Würde man die derzeit geltenden Garantien für Ruheständler und Beitragszahler fortführen, geriete der Bundeshaushalt spätestens in den 2040er-Jahren in akute Schieflage – der Bundesfinanzminister müsste dann etwa die Hälfte seines gesamten Etats an die Rentenversicherung überweisen, damit die

Senioren weiterhin pünktlich ihre Rente erhalten. Dies würde den Bundeshaushalt sprengen und wäre auch mit massiven Steuererhöhungen nicht finanzierbar warnen die Experten dieser Studie. Im Jahr 2019 flossen dem Gutachten zufolge 26 Prozent des Bundeshaushalts als direkte Steuerzuschüsse an die Rentenkasse. Dieser Anteil müsste bis 2040 auf über 44 Prozent und bis 2060 auf über 55 Prozent ansteigen.

Wohl dem, der frühzeitig und ausreichend vorgesorgt hat.

Für individuelle Gespräche zu diesem Themenbereich und den persönlichen Lösungsmöglichkeiten vereinbaren Sie bitte einen Gesprächstermin mit Ihrem Berater der Performance AG.

Quelle: Stat. Bundesamt, FAZ, Gabor Steingart, ThePioneer und ProContra-Online

Diese Unterlage ist eine Marketingunterlage. Aussagekräftig sind allein die vollständigen Angebotsunterlagen, welche Sie über uns oder die jeweiligen Gesellschaften beziehen können.